

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

22.11.1932 (No. 274)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verleger:
Karl-Friedrich
Str. Nr. 14
Karlstraße
Nr. 855
und 854
Postfach
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Klenz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Wochentlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Evakuierung, Poststreik, etc., wird keine Haftung für den Inhalt der Zeitung übernommen. Inverlangte Zuschriften werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Beschlüsse übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Beamtenanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amthlicher Teil

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesamts für Südwestdeutschland in der Zeit vom 1. bis 15. November 1932

In der ersten Hälfte des November hat sich das Anwachsen des verfügbaren Kräfteangebots aus den Saisonberufen der Landwirtschaft, der Industrie der Steine und Erden, des Baugewerbes und des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes in verstärktem Maße fortgesetzt. Auf der anderen Seite hat sich die Arbeitsmarktlage hauptsächlich in einigen Branchen der Metallindustrie, in der Textilindustrie und in der Tabakindustrie weiter gebessert. In Durchführung des zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms konnte die Zahl der in den Maßnahmen der werkschaffenden Arbeitslospfürsorge beschäftigten Arbeitslosen, sowie die Zahl der im freiwilligen Arbeitsdienst untergebrachten jungen Leute sehr erheblich vermehrt werden. Nach den letzten statistischen Feststellungen vom 31. Oktober waren in Württemberg und Baden rund 8500 Arbeitslose und 18 000 Arbeitsdienstwillige in zusätzlichen Arbeiten beschäftigt. Da diese in zusätzlichen Arbeiten Beschäftigten in der Statistik als für den freien Arbeitsmarkt noch verfügbar weiter gezählt werden, ergab sich infolge der jahreszeitlichen Abnahme der Beschäftigung eine Zunahme der von der Statistik erfassten Arbeitslosen um 7507 Personen.

Der Gesamtbestand an Arbeitslosen betrug am 15. November 286 330 Personen; 117 826 entfielen auf Württemberg und Hohenzollern und 169 004 auf Baden. Von den Arbeitslosen waren 266 091 als arbeitslos anzusehen, und zwar 106 142 in Württemberg und 159 949 in Baden.

Die Entwicklung der Unterstützungszahlen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zeigt in der Arbeitslosenversicherung zum erstenmal seit längerer Zeit eine geringe Zunahme um 443 Hauptunterstützungsempfänger, während die Belastung der Krisenfürsorge nochmals eine Abnahme um 2572 Personen erfahren hat. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern war am 15. November 1932 folgender:

in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 34 320 Personen (26 910 Männer, 7410 Frauen), in der Krisenfürsorge 62 842 Personen (50 622 Männer, 12 220 Frauen).

Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 2129 oder um 2,1 v. H. nämlich von 99 291 Personen (78 743 Männer, 20 548 Frauen) auf 97 162 Personen (77 532 Männer, 19 630 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 42 549 gegen 43 001, auf Baden 54 613 gegen 56 290 am 31. Oktober 1932.

Im Gesamtbezirk des Landesamts für Südwestdeutschland kamen am 15. November 1932 auf 1000 Einwohner 19,3 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge; dazu kamen auf 1000 Einwohner noch 16,3 Wohlfahrtsberuflose. Nach dem ergänzten Ergebnis der Zählung vom 31. Oktober 1932 waren 81 908 Arbeitslose aus der öffentlichen Fürsorge unterstützt.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit hauptsächlich von den Vorgängen in folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

Der Kräftebedarf in der Landwirtschaft ging in der Berichtszeit weiter zurück. Die für die Herbstarbeiten beschäftigten Kräfte wurden größtenteils entlassen. Im Arbeitsamtsbezirk Heilbronn lehrten 200 Mädchen aus der Rhön in ihre Heimat zurück. Die Nachfrage nach Dauerkraften war sehr gering; auch der in vielen Bezirken am Martinstag sonst übliche Stellenwechsel trat in diesem Jahre nur wenig in Erscheinung. In der Gärtnerei wurde stellenweise ein erhöhter Bedarf an Baumschulgehilfen gemeldet. In der Forstwirtschaft kommt der Winternachschlag langsam in Gang, so daß zahlreiche Arbeitslose Beschäftigung gefunden haben.

In der Industrie der Steine und Erden haben in der Zieglindustrie in den meisten Bezirken Entlassungen stattgefunden, während die Steinbruchindustrie ihren verhältnismäßig günstigen Beschäftigungsstand erhalten konnte.

In der Metallverarbeitung und in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate hat sich die Besserung der Arbeitsmarktlage in der Metallwarenfabrikation, in der Pforzheimer Schmutzwarenindustrie und in der württembergischen Uhrenindustrie fortgesetzt. Auch die Radioindustrie war weiter aufnahmefähig. In der übrigen Metallindustrie ist wenigstens die Zahl der Kurzarbeiter zurückgegangen. Größere Entlassungen sind nur in einem badischen Bezirk vorgekommen.

In der Textilindustrie waren Trikotagenfabrikation und Strickwarenbranche weiterhin meist befriedigend beschäftigt und für Arbeitskräfte aufnahmefähig. In den Spinnereien und Webereien war die Entwicklung uneinheitlich, jedoch haben sich auch hier einige Besserungsercheinungen gezeigt.

In der Papierindustrie hat sich sowohl die Beschäftigung der Fabrikationsbetriebe als auch der weiterverarbeitenden Industrie weiter gehoben.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe wurde aus den meisten Bezirken ein Nachlassen des Beschäftigungsgrades in der Möbelfabrikation gemeldet; die Entlassungen aus den Möbelfabriken waren ziemlich erheblich. Die Sägewerksindustrie hat sich im Berichtsjahr verhältnismäßig gut gehalten. In der Harmonikaindustrie haben sich ebenfalls leichte Besserungsercheinungen gezeigt.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe führte die gute Beschäftigung der badischen Zigarrenindustrie zu einer merklichen Entlastung des Arbeitsmarktes.

Im Bekleidungs- und Schuhfabrikation hat sich in der Schuhfabrikation schon wieder ein Abflauen der Besserungsbewegung gezeigt.

Letzte Nachrichten

Der Auftrag des Reichspräsidenten

Antwort des Reichspräsidenten an Hitler überreicht

W.B. Berlin, 22. Nov. (Tel.) Das Antwortschreiben des Reichspräsidenten auf die gestrigen Rückfragen Adolf Hitlers ist, wie angekündigt, heute mittags halb 2 Uhr dem Führer der NSDAP, Hitler, überreicht worden. Über den Inhalt des Schreibens werden in Regierungskreisen keine Mitteilungen gemacht. Es ist nach Auffassung der Regierungskreise noch nicht sicher, ob die Antwort Hitlers schon heute erfolgen wird.

Der Reichspräsident hatte, wie gemeldet, am Montag erneut Adolf Hitler empfangen. Hitler wurde vom Reichspräsidenten ersucht, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag finden würde. Hitler erklärte, seine Antwort noch nachmittags schriftlich übermitteln zu wollen. Die Überreichung der Antwort erfolgte Montag abend. Sie enthält eine Anzahl Rückfragen. Die Reichspressestelle der NSDAP teilte dazu mit: „Nach eingehender Aussprache mit führenden Männern der nationalsozialistischen Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens wurde Montag 20 Uhr die Antwort Adolf Hitlers in Form eines Briefes an den Herrn Staatssekretär Dr. Meißner überreicht. Der Brief enthält eine Reihe von Fragen, die voraussichtlich im Laufe des Dienstags geklärt werden.“ Die Beratungen bei den Nationalsozialisten hatten den ganzen Montag nachmittags in Anspruch genommen. Hitler wurde dabei auch von Schacht im Hotel „Kaiserhof“ besucht.

Reichsrat wieder am Donnerstag

W.B. Berlin, 22. Nov. (Tel.) Wie wir erfahren, ist der Reichsrat zu seiner nächsten Sitzung für kommenden Donnerstag einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. das Verzeichnis von Gesetzentwürfen, die die Zustimmung des Reichsrats schon vor Auflösung des letzten Reichstags erhalten haben und dem neuen Reichstag unverändert vorgelegt werden sollen. Außerdem ist u. a. die Erledigung der Verordnung über Handelskassen für Karstoffeln vorgesehen, sowie der Gesetzentwurf über internationale Abkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr. Schließlich soll noch die Überfahrt über die Gemeinden als Ersatz der Kosten der Reichstagswahlen vom 31. Juli und 6. November zu zahlenden Sätze behandelt werden.

Beginn der Winterhilfe

W.B. Berlin, 22. Nov. (Tel.) Nach einer Mitteilung der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege sind von Mitte September bis Mitte Oktober d. J. insgesamt über 20,4 Millionen Kilogramm oder rund 3000 Waggons Lebensmittel, Brennholze und Kleidungsstücke aus den verschiedenen Gebieten des Reiches für die Winterhilfe von der Reichsbahn kostenfrei befördert worden. Und zwar sind 400 000 Zentner Kartoffeln und zusammen 48 000 Zentner Fleisch, Obst, Gemüse, Brotgetreide, Milchsendungen usw. und ferner 90 000 Zentner Kohlen und Weizen und rund 55 000 Zentner Brennholz und Torf an die mit der Durchführung der Winterhilfe betrauten Organisationen zur Verteilung für die Winterhilfe gelangt.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zur Überprüfung des deutsch-französischen Handelsabkommens vom Jahre 1927 sind am Montag in Berlin aufgenommen worden. Der ersten Sitzung hat der französische Vizepräsident François Bonnet beigewohnt. Führer der deutschen Abordnung ist Dr. Postle vom Reichswirtschaftsministerium, Führer der französischen Delegation der Ministerialdirektor im französischen Handelsministerium, Elbel.

Osterreichisch-ungarische Einigung. Die seit längerer Zeit geführten österreichisch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen haben heute, Dienstag, zu einer Einigung über alle grundsätzlichen Fragen geführt. Die Verhandlungen zum endgültigen Abschluß des Vertrags finden in Wien statt.

In der Hutindustrie mußten weitere Entlassungen durchgeführt werden. Die Lederhandschuhindustrie konnte ihren befriedigenden Beschäftigungsstand erhalten. Im Schneiderhandwerk blieb die Arbeitsmarktlage unbefriedigend.

Im Hochbauwesen ist die Zahl der verfügbaren Bauhandwerker fast in allen Bezirken gestiegen, während das Tiefbauwesen verhältnismäßig besser beschäftigt blieb.

Für gewirtschaftliche Berufe ist auf dem Arbeitsmarkt im November von jeher die ungünstigste Zeit. Es waren weitere Zugänge an Arbeitslosen zu verzeichnen, während sich die Nachfrage nach Kräften nur in den allerengsten Grenzen hielt.

Im Verkehrs- und Hafenschiffahrtswesen hat der Hafenumschlagverkehr in Neßl und Mannheim nachgelassen. Die Beschäftigungsverhältnisse für das Schiffahrtspersonal auf Rhein und Main waren noch verhältnismäßig günstig. Von der Reichsbahn und Reichspost konnten weitere Arbeiter zur Durchführung des zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms eingestellt werden.

In den übrigen Berufsgruppen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

* Hitlers Auftrag

Der Auftrag, den gestern der Reichspräsident Herr Hitler erteilt hat, lautet dahin, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag finden würde.

Auch dieser neue Schritt des Reichspräsidenten ist nichts anderes, als eine deutliche Abkehr von den Methoden der „neuen Staatsführung“ des Herrn von Papen. Sie ist die Rückkehr zu den Grundsätzen des parlamentarischen Systems: der Führer der stärksten Partei wird beauftragt, eine Regierung zu bilden. Da eine solche Bildung nicht schon vor vornherein als ganz gesichert gelten kann, wird der Beauftragte also praktisch zunächst festzustellen haben, ob er eine Mehrheit findet, und ob er diese Mehrheit auf ein Programm einigen kann.

Obwohl also der Reichspräsident zu den Grundsätzen des parlamentarischen Systems zurückkehrte, hat er doch — aber auch dies durchaus im Rahmen der Verfassung — auch jetzt wieder seinen eigenen Anteil an der Entwicklung der Dinge besonders stark betont. Erstens dadurch, daß er von Herrn Hitler die Vorlegung eines einheitlichen Mehrheitsprogramms verlangt, und zweitens dadurch, daß er selbst von vornherein für dieses Programm Bedingungen namhaft macht.

Diese Bedingungen sind folgende: Keine Veränderung in der Leitung des Reichswehrministeriums und in der Leitung des Außenministeriums, Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik, Vermeidung von Bähungsversuchen, Fortsetzung der Reichsreform mit dem Ziele einer einheitlichen, politischen Leitung im Reich und in Preußen, keine Änderung des Artikels 48, sei es nun im Sinne einer Beschränkung oder Erweiterung dieses Artikels. Wie einzelne Blätter zu melden wissen, soll der Reichspräsident geradezu verlangt haben, daß unter keinen Umständen die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Notverordnungen aufgehoben werden.

Die Fragen, die nunmehr von Hitler zu beantworten sind, lauten also: Ist es ihm möglich, diese Vorbehalte anzunehmen oder nicht, und wird es ihm gelingen, eine Mehrheit zu finden? Was die erste Frage anlangt, so hat Herr Hitler bis jetzt die Vorbehalte keineswegs abgelehnt, sondern Verhandlungen über die einzelnen Punkte eingeleitet. Natürlich bedeuten die Vorbehalte für ihn von vornherein eine starke Bindung. Er kann nicht so frei ausschreiten, wie er es sich seinerzeit wohl selbst gedacht und gewünscht hat. Und von einer Politik der „Totalität“ der Ansprüche und ihrer Durchführung kann schon gar nicht mehr die Rede sein.

Andererseits wäre es schwer für ihn, die Berechtigung der vom Reichspräsidenten angemeldeten Vorbehalte zu bestreiten, mag auch über ihre Auslegung und ihre Einzelheiten noch manches beschlossen werden, was mehr den Wünschen Hitlers entspricht. Im ganzen besteht wohl auf beiden Seiten der ehrliche Wunsch, zu einer Einigung zu gelangen. Ein Wunsch der allerdings zur Zeit von den Deutschnationalen nicht geteilt wird.

Und deshalb sind auch von deutschnationaler Seite Störungsmanöver mannigfacher Art zu erwarten. Falls nicht Herr Hugenberg noch in letzter Minute umschwenkt, ist damit zu rechnen, daß er und seine Gefolgsleute alles tun werden, um Hitlers Auftrag scheitern zu lassen und so den Weg für ein neues Kabinett à la Papen, wenn auch vielleicht mit einem andern Mann an der Spitze, freizumachen.

Bei der Mehrheitsbildung — und damit kommen wir zum zweiten Teil des Problems, das Hitler zu lösen hat — wird allerdings ziffernmäßig die Hilfe der Deutschnationalen nicht benötigt. Die Mehrheit im Reichstag beträgt 293 Stimmen. Wenn sich Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerische Volkspartei einigen sollten, würde das allein schon 286 Stimmen ausmachen. Es fehlten also nur 7 Stimmen zur Majorität. Die Deutsche Volkspartei, die 11 Mandate umfaßt, hat bereits erklärt, daß sie in ihrer politischen Haltung völlig unabhängig dastehe, und daß ihre Selbstständigkeit auch durch das letzte wahltechnische Abkommen (mit den Deutschnationalen) nicht beeinträchtigt werde. Diese Erklärung kann nur dahin gedeutet werden, daß die Deutsche Volkspartei unter Umständen bereit ist, sich an der Mehrheitsbildung zu beteiligen. Ihre 11 Mandate würden ja vollkommen dazu ausreichen. Für die Partei selbst ist das Ganze ein verlockendes Ziel. Denn

sie würde sich mit einem Schlage aus der Abhängigkeit von den Deutschnationalen befreien und auch praktisch wieder eigene Politik treiben können.

Im schlimmsten Falle würde man aber auch nicht einmal die Deutsche Volkspartei gebrauchen. Es würde schon genügen, daß die Christlich-Sozialen und die Deutsche Bauernpartei (5 + 2 Mandate) sich zur Unterstützung des Kabinetts bereiterklären, und die Mehrheit wäre da. Voraussetzung wäre allerdings, daß sich Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerische Volkspartei einigen. Und das ist einstweilen noch nicht geschehen. Es gibt gut unterrichtete Leute, die diese Einigung für fast aussichtslos halten.

Die Bayerische Volkspartei hat inzwischen gewisse Bedingungen angemeldet, nämlich: Keine Aufrichtung einer nationalsozialistischen Parteidiktatur, Achtung der Länderrechte und Reichsreform unter Berücksichtigung des bundesstaatlichen Charakters, keine gleichzeitige Führung der Reichsgeschäfte und der preußischen Geschäfte durch die NSDAP. Schwer zu erfüllen ist hier lediglich die letzte Forderung, da ja vom Reichspräsidenten ausdrücklich eine einheitliche Führung im Reich und in Preußen gefordert wird.

Man wird nun abzuwarten haben, wie sich die Verhandlungen in den nächsten Tagen gestalten. Offenbar will man allenthalben nichts überstürzen, weil man sich des Ernstes der Situation wohl bewußt ist. Von besonderer Bedeutung scheint uns die Tatsache zu sein, daß der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht gestern mehrfach mit Herrn Hitler verhandelt hat.

Deutsches Ei, Seltsames Ei

In den langjährigen Bemühungen um Qualitätssteigerung und Abschaffung der falschen Eier ist ein gewisser Abschluß erreicht. Die Eierverordnung vom 17. März 1932 will Ordnung schaffen auf dem deutschen Eiermarkt. Sämtliche aus dem Ausland nach Deutschland eingeführten Eier müssen den Stempel des Herkunftslandes tragen, d. h. jeder Käufer, insbesondere die Hausfrauen, denen an der Frische des Eies am meisten gelegen ist, können jetzt erkennen, woher das einzelne Ei stammt, welchen Weg es bereits zurückgelegt hat. Es stempelt beispielsweise:

Land	Kennzeichnung	Land	Kennzeichnung
Belgien	= Belgica	Holland	= Holland
Bulgarien	= Bulgaria	Italien	= Italia
Dänemark	= Danisch	Litauen	= Lithuania
Estland	= Estonia	Rußland	= U S S R
Finnland	= Finlande	Spanien	= Espana
Frankreich	= France	Schweiz	= Suisse
Griechenland	= Grece	Uruguay	= Uruguay

Darüber hinaus müssen Eier, die im In- oder Ausland im Kühlhaus lagen, besonders gekennzeichnet sein mit einem Dreieck, das in der Mitte ein „K“ zeigt. Konservierte Eier müssen den Ausdruck „Konserviert“ tragen. Die damit erreichte Übersichtlichkeit wird noch verstärkt durch die Schaffung der deutschen Eierhandelsklassen. Die Handelsklassen (Standards) der Eierverordnung ordnen die Ware in zwei Gütegruppen zu je fünf Gewichtsklassen. Die Gütegruppe 1 „Vollfrische Eier“ (G 1) und die Gütegruppe 2 „Frische Eier“ (G 2) ist kenntlich an dem runden Stempel „Deutsch“, der außerdem das Gewicht des einzelnen Eies enthält, nämlich: S = Sonderklasse, A = Große Eier, B = Mittlere Eier, C = Gewöhnliche Eier und D = Kleine Eier. Bei dieser Ware hat der Käufer die Gewähr, Qualitätseier zu erhalten, die seinen Bedürfnissen und den Anforderungen der gesetzlichen Vorschriften entsprechen, denn jeder an dem Verkauf und dem Vertrieb dieser Eier Beteiligte — ob Landwirt, Sammelstelle, Groß- oder Kleinhändler — ist aufs strengste verpflichtet, laufend darüber zu wachen, daß die Ware im Zeitpunkt des Verkaufs und der Weitergabe den vorgeschriebenen Bedingungen entspricht. Die bei den Landwirtschaftskammern gebildeten Überwachungsstellen sorgen laufend für die Innehaltung der Bestimmungen.

Die Einberufung des Abrüstungsausschusses. Das Präsidium des Büros der Abrüstungskonferenz in Genf hat noch keinen Termin für die Einberufung des Abrüstungsausschusses festgesetzt.

Zum Cäcilientag

Tag der deutschen Hausmusik

Der Glaube an den Bestand und an den Fortbestand der Hausmusik ist gegenwärtig ebenso starken Erschütterungen ausgesetzt wie die Sorge um den öffentlichen Konzertbetrieb. Ja, das Anschwellen der mechanischen Musikproduktion und die damit zusammenhängende Entlastung des Musikliebhabers von früherer Eigenarbeit, haben eine Zeitlang geradezu einer Mentalität Tür und Tor geöffnet, die überhaupt das Bedürfnis nach einer weiteren selbstständigen Musikpflege im Haus negierte. Heute freilich ist die Erkenntnis, daß einzig und allein die uneingeschränkte Rückkehr zu den Formen des häuslichen Musizieren in jeder Gestalt erste Vorbedingung zu einer Erneuerung unseres Musiklebens bleibt, schon wieder im Wachsen, und es sind nicht mehr bloß die Musikalienhändler, die Musikverleger sowie die Instrumentalfabrikanten, die begreiflicherweise zunächst aus geschäftlichem Interesse das Thema stets und gern erörtern, sondern dessen Diskussion hat inzwischen auf so ziemlich alle von der hohen Kulturjendung der Musik noch erfüllten Kreise übergreifen.

Dafür ist der Entschluß der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsverbände zur Förderung der Musikpflege“, ähnlich dem „Tag des Buches“ nun auch für die Zukunft eine großzügige eintägige Propaganda zu inszenieren, immerhin ein Beleg von sonst seltener Einmütigkeit. Es bleibt nur zu hoffen, daß seine erstmalige Durchführung, die auf den 22. November fällt, auf den Cäcilientag (den Namensteil der Schutzheiligen der Musik), nun auch überall das günstige Echo findet, das er in der Tat verdient. Denn was würde es am Ende helfen, wenn zwar an die-

Der Mandschurei-Konflikt

China und Japan

Im chinesisch-japanischen Konflikt vor dem Völkerbundrat ist die Lage noch sehr kritisch, da sich die Auffassungen der beiden streitenden Parteien in voller Schärfe gegenüberstehen. Die Verhandlung wurde am Montag auf Mittwoch vertagt.

Der chinesische Delegierte Wellington-Koo wies den Vorwurf, daß China kein organisierter Staat sei, mit großer Entschiedenheit zurück. Die Umwandlung eines 4000 Jahre alten Feudalreiches in eine moderne Demokratie sei gewiß nicht leicht. Die Modernisierung und Vereinheitlichung Chinas wäre aber schon weiter gediehen, wenn es nicht dauernd durch Japan gestört würde. Die im Lytton-Bericht erwähnte traditionelle Expansionspolitik Japans habe es seit dem 16. Jahrhundert auf die Unterjochung Chinas und darüber hinaus auf die Eroberung Sibiriens abgesehen. Der antijapanische Boykott sei nur eine Maßnahme der Selbstverteidigung. Der den japanischen Interessen zugefügte Schaden sei unvergleichlich geringer, als die Zerstörung von Milliardenwerten an chinesischem Eigentum; ganz abgesehen von dem Verlust von zehntausenden von Menschenleben. Die Zurückziehung der japanischen Truppen aus der Mandschurei sei eine wesentliche Voraussetzung für die Grundregelung des chinesisch-japanischen Streitfalles.

Der japanische Delegierte Matsuda machte vorher nochmals die Gesichtspunkte der japanischen Chinapolitik geltend. Das japanische Vorgehen stehe keineswegs einzigartig in der Geschichte da.

Was tut der Völkerbund?

W.D. London, 22. Nov. (Tel.) „Times“ betont, daß der scharfe Gegensatz zwischen den Erklärungen des japanischen und des chinesischen Vertreters nicht ermutigend gewesen sei. Man könne nur schwer den Kurs ersehen, den der Völkerbund steuern möchte, ohne die Grundzüge der Völkerbundsatzung über Bord zu werfen oder Japan zu zwingen, das Schiff zu verlassen.

Nach Ansicht des „News Chronicle“ scheine man entschlossen zu sein, die in der Mandschurei begangene Vertragsverletzung mit einer Völkerbundsaktion zu beantworten. Die einzigen Großmächte, über deren Haltung noch Zweifel beständen, seien Deutschland und Großbritannien. — „Morning Post“ glaubt, daß der Völkerbundrat eine Politik des Inaktivens befolgen und die mandschurische Frage schließlich der Völkerbundsversammlung überweisen werde, was einen Aufschub von mehreren Monaten bedeuten könnte.

Japan verlangt internationale Boykott-Verbot

W.D. London, 22. Nov. (Tel.) Die Reuters meldet, rechnet man mit der Möglichkeit, daß Japan demnächst eine Abänderung des Völkerbundsstatuts beantragen werde, wonach künftig Boykott-Maßnahmen verboten seien.

Kleine Chronik

Der Erdstoß, der sich in der Nacht zum Montag in ganz Nordwestdeutschland und in Holland bemerkbar machte, hat die Bevölkerung in große Aufregung versetzt. Von sachmännischer Seite wurde erklärt, daß es sich um ein tektonisches Erdbeben gehandelt habe, das seinen Herd wahrscheinlich im Mittelmeer haben dürfte.

Der entmenschten Mutter in Berlin, der 25 Jahre alten Frau Martha Bobbin, die ihr sechsähriges Kind auf die Schienen beim Stettiner Bahnhof geworfen hat, um eine Versicherungssumme zu erhalten, ist jetzt ein weiterer Mordverdacht an ihrer kleinen Tochter nachgewiesen worden. Sie hat jetzt eingestanden, daß sie ihrem Töchterchen mit Absicht und Überlegung Stacheln in der Nahrung eingegeben habe, um es zu töten. Es wäre ihr nur darauf angekommen, die 4000 Reichsmark der Lebensversicherung zu erhalten, um dann von ihrem Manne wegzugehen und ihren früheren unierten Lebenswandel wieder aufzunehmen.

Im Bullerjahn-Prozess soll nun der vom Reichsgericht wegen Landbesverrat verurteilte und ins Ausland geflüchtete Biens als Zeuge vernommen werden. Der Oberreichsanwalt wird erfuht, dem Zeugen Ewald Biens für drei Tage freies Geleit für die Vernehmung in Leipzig zuzugestehen. Seine Vernehmung wird die wichtigste sein, da er sich selbst begünstigt hat, die Bullerjahn zur Zeit gelegte Tat begangen zu haben. Zu Beginn der Verhandlung am heutigen Dienstag teilte der Vorsitzende mit, ein Telegramm des schweizerischen Staatsangehörigen Biens aus Basel besage, daß er am Kommen verbinde sei. Er werde sich jedoch schriftlich äußern.

Statistiken des Völkerbunds

Zur Weltwirtschaftskrise

Die folgende Zusammenstellung, die aus den Akten des Völkerbundes erfolgt, ergibt eine erschreckende Bilanz der internationalen Hilfslosigkeit:

Der Goldstandard funktioniert nicht mehr in folgenden Ländern: Britische Empire, außer Südafrika, Argentinien, Uruguay, Brasilien, Chile, Venezuela, Paraguay, Peru, Schweden, Norwegen, Dänemark, Portugal, Ägypten, Bolivien, Finnland, Japan, Griechenland.

Einfuhrbeschränkungen sind eingeführt in: Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Estland, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Italien, Lettland, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweiz, Tschechoslowakei, Türkei.

Der Devisenverkehr ist einschränkend „geregelt“ in Deutschland, Österreich, Bulgarien, Dänemark, Estland, Griechenland, Ungarn, Lettland, Norwegen, Rumänien, Tschechoslowakei, Türkei, Jugoslawien.

Der Außenhandel ist zwischen Januar 1930 und Januar 1932 zurückgegangen: Deutschland: Einfuhr um 86, Ausfuhr um 49 Prozent; Österreich: Einfuhr 87, Ausfuhr 54 Prozent; Belgien: 50 bzw. 40 Prozent; Spanien: 62 bzw. 70 Prozent; Frankreich: 51 bzw. 51 Prozent; Großbritannien: 39 bzw. 47 Prozent; Ungarn: 59 bzw. 70 Prozent; Italien: 52 bzw. 46 Prozent; Polen: 63 bzw. 58 Prozent; Rumänien: 61 bzw. 42 Prozent; Schweden: 26 bzw. 34 Prozent; Schweiz: 21 bzw. 50 Prozent; Tschechoslowakei: 48 bzw. 61 Prozent; Jugoslawien: 59 bzw. 65 Prozent; Argentinien: 54 bzw. 31 Prozent; Brasilien: 44 bzw. 21 Prozent; Kanada: 60 bzw. 49 Prozent; Vereinigte Staaten: 58 bzw. 63 Prozent; Japan: Einfuhr 87, Ausfuhr 53 Prozent.

Zwei Milliarden Menschen

Nach Ausweis der im Jahrbuch des Völkerbundes veröffentlichten Statistik für das Jahr 1932 gibt es zurzeit 2 012 000 800 Menschen. Die Ziffer stellt gegenüber der des Jahres 1931 einen Bevölkerungszuwachs von 20 Millionen fest.

Wien bleibt mit 1 108 000 000 Köpfen und einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 11 Millionen der volkreichste Erdteil. Die vereinigte Bevölkerung von Nord- und Südamerika zeigt bei einer Gesamtzahl von 255 Millionen einen Jahreszuwachs von 4 Millionen. Europa überschreitet zum erstenmal die Grenze der halben Milliarde. Seine Gesamtbevölkerung stellt sich genau auf 506 Millionen; das sind 8 Millionen mehr als im Vorjahr. Für Großbritannien wird keine Steigerung der Einwohnerzahl über die vorjährige Bevölkerungsziffer von 46 Millionen ausgewiesen, während in Italien mit 41 Millionen Einwohner die Bevölkerungszunahme um 40 000 unter der des Vorjahres zurückgeblieben ist. Russland ist nach wie vor mit 127 Millionen Einwohnern das volkreichste Land Europas.

Für Australien werden einschließlich Neuseelands 10 Millionen Einwohner ausgewiesen.

Kurze Nachrichten

Prälat Leicht wieder Führer der BPP. im Reichstag. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat sich heute, Dienstag, neu konstituiert. Fraktionsvorsitzender wurde wiederum Prälat Dr. Leicht, stellv. Vorsitzender Abg. Dr. Pfeleger.

Aus der NSDAP. ausgeschlossen. Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Rektor Dr. Wolter in Stuttgart, der unlangst als Nationalsozialist eine scharfe Kritik an Hitler geübt hat, ist deshalb aus der NSDAP. ausgeschlossen worden.

Trocki ist heute, Dienstag, in aller Frühe in Paris eingetroffen. Er fuhr in einem Auto, dessen Fenster verhängt waren, nach dem Nordbahnhof, von wo er seine Reize nach Dünkirchen fortsetzte. — In einem Interview kündigte Leo Trocki an, er werde demnächst ein Buch herausgeben, das sich mit dem sowjetrussischen Fünfjahresplan befaßt. In etwa 14 Tagen werde er das Buch abschließen.

Das Urteil gegen die finnländischen Lappo-Führer, General Ballenius und Koska, lautete auf je neun Monate Haft mit Bewährungsfrist. Von den insgesamt 96 Angeklagten wurden wegen des Aufstandes von Rautajoki 52 zu Freiheitsstrafen von 2 bis 30 Monaten verurteilt, 32 davon wurde Bewährungsfrist zugesprochen.

Politischer Prozess in Madrid. Das Parlaentsgericht, das die Persönlichkeiten aburteilen soll, die sich an dem Diktaturregime beteiligt haben, tritt morgen in Madrid zusammen. 19 Personen stehen unter Anklage, von denen sich mehrere als Flüchtlinge im Auslande befinden.

fem Termin sogar der Rundfunk einmal den Musikbiletanten vor's Mikrophon zitiert, wenn der aber dabei beinahe wie das letzte Exemplar einer aussterbenden Gattung bestaunt wird? Schon daraus kann übrigens geschlossen werden, wie wenig es sich im Grunde um eine vereinzelte Musikfrage handelt, sondern vielmehr um ein ganzes Generationsproblem. Hinter der Tageserörterung, ob sie nun aus beruflichen Mund in musikalischen Lehranstalten oder an Musikhochschulen geschieht, lauert nämlich eine weit dringlichere Fragestellung: Ist unsere Jugend noch so einfachbereit für die Musik wie etwa die Menschen aus den neunziger Jahren, kann und darf sie in der schweren Krise der Gegenwart ihre Freizeit noch auf eine praktisch doch kaum Nutzen bringende Beschäftigung verwenden? Soll die Rechnung, wenn man ernstlich daran denkt, alle Reserven für eine hausmusikalische Tätigkeit jetzt mobil zu machen, nicht trügerisch sein, mühte zuerst also mit wünschenswerter Klarheit auch darauf geantwortet werden. Es würde natürlich zu weit führen, im Augenblick alles Diesbezügliche hier untersuchen zu wollen. Wer jedoch einigermaßen die Räte der heutigen Jugend kennt, die kaum weiß, ob es ihr je gelingen wird, einen erhofften oder ihren Fähigkeiten entsprechenden Platz im Wirtschaftsprozess und im Gemeinschaftsleben einzunehmen, wird zweifellos um so vorsichtiger urteilen müssen, andererseits jedoch auch sofort zuzugeben haben, daß für einen entscheidenden Auftrieb in der Hausmusikbewegung der Zeitpunkt des merklich abflauenden Jazz und des nachlassenden Sportfimmels psychologisch keineswegs schlecht gewählt scheint. Außerdem dünkt es kaum unerheblich, zu erwähnen, wie sehr doch schon seit Jahren manche Jugendorganisationen (Musikantengilden, Sing- und Tanzkreise) diesem Ziel vorgearbeitet haben.

während allerdings in die kurze Entwicklungsperiode, die dem jungen Menschen die Gast des modernen Lebens zu musikalischen Mitteln etwa übrig läßt, die frühzeitige Politisierung wieder ein neues, ebenfalls ernstzunehmendes Element der Unruhe hineinbringt. Und dazu kommt nicht zuletzt die schwierige Gegenwartslage der Musik selbst, die zwischen Scylla und Charibdis schwankt, die bald einem träge-trozigem Epigonentum zuneigt, bald aber auch mit ihrer allzu radikalen Einstellung in den Köpfen mehr Verwirrung anrichtet, als sie je wieder durch eine gesunde, die Gegensätze ausgleichende Musikübung gutmachen kann. Trotz all dieser Bedenken indessen, die vor- und zwangsläufig der Plan hervorruft, kommt der Absicht der Berufsverbände eine gewaltige Bedeutung zu, will sie, wenn schon im Anfangsergebnis nicht so erfolgversprechend, wie sich das einige oberflächliche Befürworter wohl gedacht haben, doch auch mitwirken, den drohenden Auseinanderfall von Musik und Leben zu verhindern. Nachdem die religiösen Ideologien, mit denen die Musik jahrhundertlang verknüpft war, zerbrochen sind, nachdem nicht minder die ästhetischen Bindungen, von denen wir seit Beethoven zehrten, aufgehört haben existenz zu sein, gilt es einen anderen Zusammenhang sicherzustellen, für den musikalisch und musikalisch eben die Neuanpflanzung der Musikpflege im häuslichen Kreis eine sehr geeignete und positive Basis scheint. Nur wird es nötig sein — und wenn man die Erfahrungen dieses ersten Cäcilientages für künftige Veranstaltungen richtig auswertet, ist daran nicht zu zweifeln —, das Fundament allmächtig so fest zu verankern, daß keine Welle des Utilitarismus es mehr benagen kann und daß es die unmaterielle aller Plinthe, das Simmelsgefäß der heiligen Cäcilie, fortan sicher trägt.

Prof. Hans Schorn.

Badischer Teil

Die Sozialdemokratische Partei zum Konfordat

Die Sozialdemokratische Partei Karlsruhe nahm in einer überfüllten Versammlung im „Friedrichshof“ am Montagabend Stellung zum Konfordat und zu dem am nächsten Sonntag stattfindenden badischen Parteitag. Staatsrat Küdert begründete in längerer Rede die Haltung der Mehrheit der Landtagsfraktion und trat für Annahme der Konfordate ein. Nach kurzer Debatte wurde mit überwiegender Mehrheit folgender Antrag angenommen: „Da die beiden Stenodate mit den Kirchen über die ursprünglichen, von den Parteiführern gebilligten Grundzüge hinausgehen und zu einer Gefahr für die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu werden drohen, wird der Parteitag ersucht, diese Verträge abzulehnen. Indem sich die Versammlung so sachlich zur Auffassung des Landesvorstandes bekennt, muß sie jedoch mißbilligen, daß der Landesvorstand in aller Öffentlichkeit und in schärfsten Formen den Streit mit der Fraktion zum Austrag brachte, anstatt von vornherein die sachgemäßen Parteiplanungen damit zu beauftragen. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß der Parteitag nicht nur zur vollen Überwindung des bestehenden Gegenstandes führt, sondern darüber hinaus der Parteibewegung neue Kräfte des Aufstieges frei macht.“

In einer in Freiburg i. Br. abgehaltenen außerordentlich stark besuchten Mitgliederversammlung der Freiburger Sozialdemokraten wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der gleichfalls vom Parteitag erwartet wird, daß er die Konfordate ablehnt.

Neue Vorschriften über Schneeketten bei Kraftfahrzeugen

Eine Bekanntmachung des Reichsverkehrsministers bringt neue Bestimmungen über die Beschaffenheit der Schneeketten für Kraftfahrzeuge. Danach wird bestimmt, daß Schneeketten so konstruiert sein müssen, daß man sie leicht auflegen und leicht abnehmen kann. Sie müssen ferner so gebaut sein, daß ein Roderwerden verhindert wird oder sie müssen eine Vorrichtung besitzen, die das An- oder jederzeitige Nachspannen zum Zwecke ihres festen Sitzes ermöglicht. Sie müssen die gesamte Lauffläche des Reifens nebst den umspannen. Metallketten müssen in den auf der Lauffläche des Reifens liegenden Teilen gedrehte oder gestrichelte Glieder haben und dürfen keine scharfen Kanten oder Vorprünge aufweisen. Von diesen Vorschriften werden Fahrzeuge der Wehrmacht, der Polizei und der Feuerwehren befreit, wenn Gefahr im Verzuge ist oder der Ausbildungs- und Übungszweck es erfordert. Alle anderen Kraftfahrzeuge dürfen Schneeketten, die den geschiedenen Anforderungen nicht entsprechen, nur noch bis zum 31. Mai 1933 verwenden.

Aus der Landeshauptstadt

Zur die Reichsversammlung Baden, die am Dienstag von 20.30 bis 22 Uhr über alle deutschen und österreichischen Sender geht, zeichnen: Anton Hendrich (Manuscript), Kurt Elwenpöck und Martin Lang (Kunstabteilung) und Emil Kahn (Musikalische Einrichtung). Wie man uns mitteilt, handelt es sich um eine fundamentale Darstellung des Landes Baden in seiner Einheit, und zwar weit mehr für Deutschland, Österreich und das gesamte Ausland als für unsere badische Heimat. Die großen Mühen, die unumgänglich aufgegeben werden mußten, immer mehr laut werdender Einzelwünsche. Die Sendung soll für das ganze Baden in der Welt werden.

Badisches Landestheater und Notgemeinschaft. Während des vorjährigen Winters 1931/32 wurden vom Badischen Landestheater insgesamt 7900 Freikarten für Schauspiele, Opern und Operetten für Notgemeinschaftsempfänger abgegeben. Im vorhergehenden Winter 1930/31 konnten 3910 Freikarten zur Verteilung gelangen. Diese Zahlen beweisen, daß das Badische Landestheater trotz der eigenen Not für die Linderung der geistigen und seelischen Not der Hilfsbedürftigen sein Möglichstes getan hat.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Einer Reihe von unterhaltenden Filmen folgt jetzt wieder ein historischer Film, „Nord“. Der innere Zwiepsalt eines großen Mannes, der einerseits seinem König gehorchen will, andererseits aber damit gegen sein Gewissen handeln muß, und der schließlich der europäischen Geschichte eine andere Wendung gibt, ist hier im Film wunderbar dargestellt. Werner Krauß in der Titelrolle, bringt hier eine schauspielerische Leistung ersten Ranges zustande. Technik und Regie geben sich alle Mühe, um diesen Film zu einem Erlebnis zu machen. Die ganzen Ereignisse der damaligen Zeit ziehen in eindringlichen Bildern an unseren Augen vorüber. — In dem üblichen Beifall besuchen wir Schloß und Park von Sanssouci. Ein Farbtonfilm mit wunderbaren Aufnahmen, der so recht die Herbststimmung an diesem wunderbaren Platz wiedergibt, vermittelt uns die schönsten Eindrücke dieser historischen Stätte.

Colosseum-Theater. Die beiden Kölner Komiker Josef Weißweller und Carl Schmitz, samt ihrer Kompanie schon seit einer Woche mit Jubel und Beifall als erste Wintergäste im Colosseum begrüßt, haben auch wieder einen unumstrittenen Darstellungserfolg in dem Schwank „Dunkel an Calatia“, den sie am Montagabend zur dritten Aufführung brachten. Das Stück selbst, von Carl Laufs und Kurt Krauß, ist allerdings Dudenware und trotz der unfehlbaren Rolle, die dabei zur Konfliktlösung ausgerechnet die Freimaurer mitspielen müssen, zwar so sehr, daß man betreffs des Inhalts ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen kann. Aber schon, wenn der eine Komiker herzutritt, und erst recht, wo beide sich dann auf der Bühne gegenüberstehen, vermag der Zuschauer schnell das leidige Drum und Dran und erfreut sich an besten, zweifellos auch durch eigene Zutaten reichlich vermehrten Momenten echt rheinischen Humors. In der Reihe der anderen Figuren, die ebenfalls alle auf eine langjährige Tradition zurückblicken können, fallen überdies nicht minder Maria Schmitz und Billa Weißweller durch köstlichen Typencharakter auf, besonders blendet außerdem noch Hans Thussen mit seiner in Manns- und Weibskleidern gespielten Doppelrolle, die eine drahtige Note in das Ganze bringt und dafür sorgt, daß man auch von der stets gefährlichen Mitte des zweiten Aktes an bis zum fröhlichen Schluß nicht mehr aus dem Lachen herauskommt. Das von der Direction gerade diesem Abend mitgegebene Motto „Vergeht für Stunden wenigstens euren Alltagskummer!“ bewahrheitet sich also glänzend und schafft eine so vergnügliche Atmosphäre, daß man jedem zur Erleichterung und Erheiterung seines Gemüts den Besuch nur empfehlen kann.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Dienstagmorgen: Montag nachmittag sind seit rund drei Wochen zum erstenmal wieder im ganzen Lande ergiebige Regen gefallen. Auf dem Feldberg hing es nachts zu schneien an, doch liegt dort bereits nur eine unbedeutende Schneedecke. Heute früh hat es stellenweise wieder etwas aufgeschneit, doch

wird das herandrückende Westwetter anhalten. — **Vorausgabe:** Fortdauer des veränderlichen Westweters, zeitweise Regen (höhere Lagen Schnee) und aufsteigende Südwestwinde. **Wasserstände:** Waldshut 210 plus 5, Basel 6 minus 3, Rehl 232 unv., Ragu 371 minus 4, Mannheim 235 minus 4, Gaub 168 plus 2.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. Der Bürgerausschuß der Stadtgemeinde Zell a. S. wählte am Montag den bisherigen kommissarischen Bürgermeister Dr. Franz Schumann mit 32 Stimmen zum Bürgermeister. Als unzulässig wurden 18 Stimmzettel abgegeben; 7 Stimmen waren zerplittert. Der Gewählte ist seit 1. Juni 1931 kommissarischer Bürgermeister in Zell a. S. und wurde bereits vor Ablauf seiner kommissarischen Dienstzeit in seinem Amt bestätigt. Die Stimmen, die auf ihn entfielen, stammen von Angehörigen aller Parteien.

Freiwilliger Arbeitsdienst in Schwellingen. Von der Straßenherstellung und Ausbarmachung von Gelände der Kunstseidefabrik Schwellingen G. m. b. H. nahm der Gemeinderat Schwellingen Kenntnis und genehmigte den Abschluß des Vertrags mit dem Heimatwerk Baden als Trägerin des Dienstes. Der Antrag des Sportvereins Schwellingen e. V. um Errichtung bzw. Neuanlage des westl. Schloßgarten-Sportplatzes im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes wurde befürwortet.

Jahrmarkt in Sasbach (Amt Bühl). In diesem Jahr sind es genau 150 Jahre, daß das damalige Gericht Sasbach, das zum Bistum Straßburg gehörte, durch den Bischof von Straßburg, Kardinal und Fürst von Rohan, das Marktrecht auf den Sabharinen-Tag erhielt. Die betreffende Verleihungsurkunde vom Jahre 1782 ist im Gemeindearchiv aufbewahrt. Sasbach kann also dieses Jahr einen Jubiläumsmarkt halten; der Markt findet am Mittwoch, den 23. November, statt. Trotz der veränderten Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse hat der Sasbacher Markt bis auf den heutigen Tag eine gewisse Bedeutung sich erhalten und erfreut sich immer noch von nah und fern eines guten Besuchs.

Sparmaßnahmen in Müllheim. Der Gemeinderat Müllheim hat in seiner letzten Sitzung beschloßen, daß bis auf weiteres nicht mehr als die Hälfte der Voranschlagsätze für die Ausgaben ausgegeben werden darf.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	22. November		21. November	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.18	169.52	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	71.43	71.57	71.73	71.81
Italien 100 L.	21.55	21.59	21.56	21.60
London 1 Pf.	13.74	13.78	13.78	13.82
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.475	16.515	16.485	16.525
Schweden 100 Kr.	80.92	81.08	80.92	81.08
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Braun 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Zu der Frage der Wiedererrichtung der Uhrenfabrik Ketzlich in Form eines produktiven Genossenschaftlichen Kommunalbetriebs wird vom Jungbans-Kongress darauf hingewiesen, daß der Verkaufspreis der Liegenschaften, soweit von diesem nicht schon erhebliche Teile vorher wiedererlangt worden sind, nicht 20 000 RM., sondern durch Nachhol von Steuerforderungen etwa 35 000 RM. betragen hat. Der Maschinenpark bestand nur noch aus wenigen Holzbearbeitungsmaschinen. Ebenfalls wurde nicht miterkauft der Name und die Marke des Unternehmens, die nach wie vor den Uhrenfabriken Gebr. Jungbans & Co. gehören.

Die Spaltung im Einzelhandel. Der Reichsverband Deutscher Nahrungsmittelbetriebe e. V., Berlin, hat seinen sofortigen Austritt aus der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels erklärt, nachdem die Hauptgemeinschaft eine Warenhaus- und Filialsteuer befürwortet hat. Die Warenhäuser sind bekanntlich gleichfalls bereits ausgetreten.

Literarische Neuerscheinungen

Siegfried von Gegeßel: „Das freßende Haus.“ Roman. (In Rappé 5,50 RM., Reimen 6,50 RM., Universitas Deutsche Verlags-G., Berlin.) — Ein Deutsch-Balte, aus seinem Besitz vertrieben, sucht in seinem alten Mutterlande Wurzel zu fassen. Er gerät durch schicksalhafte Fügung in einen weltverlorenen Winkel des Baltischen Waldes, wird halb gegen seinen Willen Besitzer eines romantischen Burgturms mit einem Stück Land, dem er alle seine Liebe und Kraft widmet. Immer tiefer vergräbt er sich in den Zauber dieser eigenartigen Landschaft und Menschen, besonders als er hier auch seine Frau findet. Er steckt sich immer höhere Ziele, errichtet ein Kraftwerk, will die armen Bauern mit Licht besorgen, eine Schule bauen. Aber je zäher, je eigenwilliger er sich in seinen Besitz, in Haus, Erde und Wert hineinbeißt, desto mehr wird er selbst von diesen Dingen aufgefressen, bis er zum Schluß alles verliert, selbst die junge geliebte Frau, die im Kindbett stirbt. Doch gerade dadurch öffnet sich ihm, dem völlig Vereinsamten, der nur dem Diesseits verhaftet war, eine andere Welt, reißt er zur Erkenntnis; nicht was man mit Händen hält, nur was man im Herzen bewahrt, besitzt man wirklich. — Alles dies wird mit viel Humor, leiser Ironie und großer Liebe für Menschen und Tiere dargestellt.

Arno Moysischewitz: Fesseln fallen. Ein deutsch-französischer Roman. (In Ganzleinen 4,80 RM., Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg i. O.) — Dieser dramatische persönliche Stoff des Romans ist in eine politische Handlung eingewickelt. Kühne erlebt den Zusammenbruch von 1918 und das Elend der Nachkriegszeit voll Vaterlandsliebe und heißer Sehnsucht nach nationaler Wiedergeburt. Langsam kommt er zu der Überzeugung, daß nur durch einen Interessenausgleich mit Frankreich, weitab von pazifistischen Ideen unter scharfer Belohnung des Lebenswillens Deutschlands die großen nationalen Ziele erreicht und dauerhaft gesichert werden können. Er packt gemeinsam mit seinem Freund Jounier die Aufgabe an, einer friedlichen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich die Wege zu ebnen. Die Schilderung der fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, gegen die jahrelang gekämpft wird, beleuchtet trotz die deutsch-französischen Gegensätze der heutigen Zeit. In die Zukunft hinein wird dann eine politische Lösung kontrahiert, die den deutschen Lebensnotwendigkeiten eher und wehrpolitischer, territorialer, wirtschaftlicher und kultureller Art gerecht wird und dennoch auch für Frankreich unter nichterner Abwägung seiner Zukunftsinteressen nicht annehmbar erscheint. Der Verlag hielt es trotz des tiefen Misstrauens, das die nationale Leserschaft einer Einigung mit Frankreich für die Zukunft entgegenbringt, für seine Pflicht, diesem Buch in seiner Eigenschaft als eines an Frankreich gerichteten Mahnung Gehör zu verschaffen.

César Maria Graf: „Einer gegen alle.“ Roman. (In Rappé 3,50 RM., Reimen 4,50 RM., Universitas Deutsche Verlags-G., Berlin.) — Ein Roman der deutschen Nachkriegszeit. Ein ganz gleichgültiges Einzelschicksal gewinnt hier plötzlich symbolische Kraft durch die Darstellung, die gerade dadurch, daß sie rein berichtend vorgeht, überzeugend wirkt. Wer ein Bild über die politische Entwicklung Deutschlands haben will aus jenen Jahren, der wird dieses dichterische Dokument nicht missen wollen.

Wellenkamp: Sehnsucht mit Erfolg. Roman. (Müller, Berlin.) — Der erste Roman eines jungen niederdeutschen Autors, der als Dramatiker auf der Bühne und im Rundfunk bereits hervorgetreten ist. Dieser Roman von drei jungen Menschen, die der Zufall aus verschiedenen Gesellschaftsschichten zusammengeführt hat und die gemeinsam versuchen, sich in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit durchzuschlagen, — dieser optimistische, in der niederdeutschen Landschaft verankerte Roman hält glücklich die Wage zwischen einer sozialen Gegenwartschilderung und einer humorvollen, sehr eigenwilligen Menschencharakterisierung.

Atlantis-Kalender 1933. 24 Blatt mit Kalendarium und Tiefdruckpostarten. Merkblätter für jeden Monat mit astronomischen Daten, Wetterregeln, Sprüchen und wirkungsvollem Deckblatt. Als Abreis-Kalender eingerichtet. (Preis 1,50 RM., Atlantis-Verlag, Berlin-Weißensee.) — Der Atlantis-Kalender rechtfertigt sein erstmaliges Erscheinen sowohl durch seine hervorragende Ausstattung nach Art der anderen Werke des Atlantis-Verlags als auch durch den überraschend geringen Preis von 1,50 RM. Auf 24 Kartontafeln, deren Bilder man auch als Postkarten abtrennen kann, befinden sich das Kalendarium und herrliche, zum größten Teil unbekannte Aufnahmen Dr. Martin Hürlimanns, von den Schönheiten der weiten Welt. Wir möchten hiermit den Kalender warm empfehlen.

Der neue Jahrgang 1933 des weltbekannten Köhlerschen Flotten-Kalenders (Wilhelm Köhler Verlag, Minden i. B.), der in allgemeiner Reichhaltigkeit erscheint, berichtet in einem interessanten Artikel über das neue deutsche Verfahren zur Gewinnung eines dem Radium verwandten Stoffes aus dem Meeresesand. Schon dies Beispiel zeigt die erstaunliche Vielseitigkeit des neuen Flotten-Kalenders, der immer auf der Höhe der Zeit bleibt und jedem Freund des Salzwassers, den Leuten von der Wasserkante wie den „Landratten“, eine Fülle des Wissenswerten und Interessanten zu bieten hat.

Deutscher Reichspost-Kalender 1933. Herausgegeben mit Unterstützung des Reichspostministeriums. (Konfordia-Verlag, Leipzig C 1, Oberstr. 6. Preis 3,60 RM.) — Der Deutsche Reichspost-Kalender ist im fünften Jahrgang erschienen. Er gibt wie seine Vorgänger in gemeinverständlicher Form einen Überblick über die neueste Entwicklung der Deutschen Reichspost und die ihr im Wirtschaftsleben zufallenden Aufgaben, weist auf ihre Vielseitigkeit, auch die weniger bekannten Einrichtungen hin und erläutert deren zweckmäßigste und wohlfeilste Benutzung. Der Kalender zeigt ferner, welche Maßnahmen und technischen Hilfsmittel die Deutsche Reichspost zu einer reibungslosen und schnellen Abwicklung ihres vielfältigen Betriebsdienstes benötigt. In seiner äußeren Aufmachung, mit dem reichhaltigen und schönen Bildschmuck, dem vorzüglichen Druck, stellt er eine hervorragende Leistung des Buchdruckerhandwerks dar.

Der Dabeim-Kalender für das Deutsche Reich auf das Jahr 1933. (Herausgeg. von der Dabeim-Schriftleitung. Verlag von Belhagen & Klasing, Diefeld u. Leipzig. Preis 2,80 RM.) — Wir haben an Jahrbüchern und Kalendern aller Art keinen Mangel. Unter ihnen ist aber gerade der Dabeim-Kalender seit 60 Jahren ein getreuer Freund und Berater der Familie; er wird auch diesmal wieder ein froh begrüßter Gast im deutschen Hause sein. Zur Unterhaltung gibt es vier spannenden Erzählungen von Walter Julius Bloem, Frida Schanz, Ernst Melard und Alfred Semerau. Aus der bunten Reihe der reich illustrierten Aufsätze seien hier nur einige genannt: „Der weiße Mann auf dem Silbervogel“ von Hans Rotho, mit Aufnahmen von der großen Afrikaexpedition Ernst Meis; „Blumen in Himmelsnähe“ von Hans Binand; „Studenten sind fidele Brüder“ von Peter Fries; „Der deutsche Märchenbrunnen“ von Fritz Martin Mintelen; „Der Sumpfbiber, unser neues Haustier“, von Herrn. von Koenig-Jachensfeld. Der Kunstfreund findet eine Anzahl farbenprächtiger, ganzseitiger Einschaltungen nach Gemälden von Jacob Jordaens, Edward von Heuß, Roedelberger, Hans Beat Wieland, Masolle und anderen namhaften Künstlern.

Köhlerscher Deutscher Kalender. Der neue Jahrgang des Köhlerschen Deutschen Kalenders für 1933 (Wilhelm Köhler Verlag, Minden i. B.) stellt, 224 Seiten stark, mit über 100 Abbildungen und einem farbigen Kunstblatt geschmückt, mit einem Wandkalender als Beilage, in einer Ausstattung und Vielseitigkeit des Inhalts dar, daß man kaum versteht, wie es möglich war, für nur 70 Pfennige, so viel zu bieten.

Staatsanzeiger

Justizrat Kellner in Mannheim ist an Stelle des verstorbenen Justizrats Schilling zum Stellvertreter des Treuhänders bei der Reichsischen Hypothekendarlei bestellt worden. **Karlsruhe, den 19. November 1932.**
Der Justizminister:
J. W. Dr. Schmidt.

Lebensrettung.
Herr Georg Schary, Elektrotechniker in Eberbach, Friedrichstraße 12, hat am 11. August 1932 die Sofie Neuer aus Eberbach und am gleichen Tage noch einen unbekanntenen Mann durch mutiges, entschlossenes Handeln vom Tode des Ertrinkens im Neckar gerettet. Ich spreche ihm deshalb hiermit eine öffentliche Belobung aus.

Mannheim, den 18. November 1932.
Der Landeskommissär:
Scheffmeier.

Lebensrettung.
Herr Richard Gröhl, Lehramtsbewerber in Eberbach, Jüterstraße 5, hat am 11. August 1932 eine unbekanntes weibliche Person durch mutiges, entschlossenes Handeln vom Tode des Ertrinkens im Neckar gerettet. Ich spreche ihm deshalb hiermit eine öffentliche Belobung aus.

Mannheim, den 18. November 1932.
Der Landeskommissär:
Scheffmeier.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereiche des Ministeriums der Finanzen.
In den Ruhestand treten kraft Gesetzes:
Postsekretär Georg Brand beim Postamt Redar Schwarzbach und Förster Alexander Rombach in Eschbach.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 46

3333: Erscheint wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 40 Reichspfennig zuzüglich Porto
vom Verlage Karlsruhe, Karl-Friedrich-Strasse 14, bezogen werden

22. November 1932

Der 8. Bundestag des Deutschen Beamtenbundes im Urteil der Sachpresse

Aus den zahlreichen Verlautbarungen, die die Zeitung des Deutschen Beamtenbundes nach Abschluß ihrer Berichterstattung über den Bundestag aus den einzelnen Fachblättern veröffentlicht, seien hier nur zwei wiedergegeben, aus denen sich aber die auf dem Bundestag zutage tretenden Strömungen deutlich widerspiegeln. Beide Stimmen stammen aus den Reihen der Post- und Telegraphenbeamten, die wir hiermit zum Wort kommen lassen:

I.
Die „Deutsche Post“, die Zeitschrift des Reichsverbandes, beleuchtet in Nr. 44 vom 8. November den Verlauf der Bundestagung folgendermaßen:

Für die Lage, die vor dem Bundestag bestand, ist nichts charakteristischer als ein Ausspruch des Bundesvorsitzenden auf dem Bundestag, wonach selbst maßgebende Personen in der Zeitung des DBB diesem Bundestag mit größter Sorge entgegenzusehen. Es bestätigt sich also, daß jene lärmende Opposition, deren Vorsitz die Vorstände sehr kleiner Verbände waren, mit ihrer Einschüchterungspolitik bereits erheblichen Erfolg gehabt hatte. Diefelbe Opposition war es, die im Frühjahr 1932 eine Mehrheit des Geschäftsführenden Vorstandes des DBB zu dem Verzicht auf eine Parolenausgabe für die einzige überparteiliche Kandidatur bei der Reichspräsidentenwahl veranlaßte und die öffentliche Mißbilligung der von den Kollegen Augler und Lenz vollzogenen Unterzeichnung des bekannten Gewerkschaftsauftrufs vom 20. Juli durchsetzte. Um die Situation richtig würdigen zu können, muß man sich vor Augen halten, daß das Eintreten für Hindenburg gleichbedeutend war mit einem Eintreten für die verfassungsmäßige Fortentwicklung der innerpolitischen Verhältnisse, mit einem Bekenntnis zur demokratischen Republik und zur Koalitionsfreiheit. In jenen Tagen ging es buchstäblich um die Grundlagen des deutschen Volkstaates, zu denen sich der DBB stets bekannt hatte. So wurde die Lage auch von allen Verbänden der Angestellten und Arbeiter angesehen, und daher haben sie in seltener Einmütigkeit für Hindenburg votiert. Der Vergleich mit politischen Parlamentswahlen in normalen Zeiten oder auch mit der früheren Reichspräsidentenwahl war also hinfällig. Demokratie oder Diktatur, das war die Alternative, vor der wir im Frühjahr standen. Glaube man über das selbständige Vorgehen mehrerer Verbände bei der Reichspräsidentenwahl noch mit einer eigenen Formel über parteipolitische Neutralität und mit dem entschuldigenden Hinweis hinwegkommen zu können, daß man die Selbständigkeit der einzelnen Verbände respektieren müsse, so hielt man sich im Falle des Gewerkschaftsauftrufs schon fast genug, eine durch die benutzte Formulierung kaum abgeschwächte öffentliche Mißbilligung aussprechen zu können. Die Opposition sah sich dadurch so ermuntert, daß sie landauf, landab ein wahres Kräftefeld gegen die ihr mißliebigen Personen in der Bundesleitung inszenierte, immer unter eifriger Assistenz von Parteien und Parteiorganen, die seit Jahr und Tag dem im demokratischen Fahrwasser segelnden DBB genau so zusehnten wie allen übrigen gewerkschaftlichen Organisationen.

Nun ist, wie wir hoffen, die gesamte Zeitung des DBB von jenem Alpdruck befreit. Der 8. Bundestag hat gezeigt, daß ein mutiges Bekenntnis, wie es der Bundesvorsitzende in seiner Rede über die Bundespolitik ablegte, im DBB noch immer einen Resonanzboden hat, und daß auch in der Frage Reichspräsidentenwahl und Gewerkschaftsauftruf die Bundesleitung keine Politik des ängstlichen Ausweichens hätte zu betreiben brauchen.

Wegen der Unterzeichnung des Gewerkschaftsauftrufs kam es zu zum Teil heftigen Auseinandersetzungen, besonders dann, als der letzte Zweifel darüber beseitigt war, daß von gewisser Seite der beabsichtigte nochmalige Hinweis auf den mißbilligenden Mehrheitsbeschluss des Geschäftsführenden Vorstandes nur deshalb gemacht werden sollte, um daraus eine nachträgliche Bestätigung dieser Mißbilligung durch den Bundestag konstatieren zu können. In diesem Augenblick war für den Reichsverband der Punkt erreicht, wo es nur noch ein Entweder-Oder geben konnte. Unsere Geduld war durch den Mehrheitsbeschluss des Geschäftsführenden Vorstandes wahrlich bereits auf eine harte Probe gestellt worden. Eine offene oder versteckte Billigung dieses Beschlusses durch den Bundestag hinzunehmen oder mitzumachen, das dürfte uns niemand zumuten.

Im letzten Augenblick, allerdings erst nach dramatischem Kampfe, ist dann jener Beschluss gefaßt worden, der völlig klarstellt, daß der Bundestag darauf verzichtet, das Verhalten der Kollegen Augler und Lenz zu mißbilligen. Und dieser Verzicht hat eine so überwältigende Mehrheit gefunden, daß niemand mehr über die wahre Stimmung im DBB einen Zweifel haben kann.

Wir lassen jedenfalls keinen Zweifel darüber, daß nach dem Verlauf der Auseinandersetzungen nur diese Erledigung der Angelegenheit von uns als ausreichende Genugtuung für alle Verleuperungen angesehen werden kann, die eine geschäftliche Opposition glauben sich leisten zu dürfen.

So ist, wie wir glauben, die Luft wieder gereinigt, und wir können uns der Mitarbeit im Bunde wieder mit Lust und Liebe widmen. Vergangenes soll vergessen sein, vor allem soweit es sich nur um ehrliche Meinungsverschiedenheiten gehandelt hat. Gerne nehmen wir die Parole des wiedergewählten Bundesvorsitzenden Flügel auf, die unsere künftige Arbeit im Bunde befehlen soll: **Für Einheit und Aufbau!**

II.
Nicht so sehr Befriedigt vom 8. Bundestag ist die „Deutsche Postzeitung“, in deren Nr. 45 vom 4. November Oberpostinspektor Wichmann u. a. schreibt:

Der äußere Eindruck der Tagung war in vielfacher Hinsicht erfreulich. Der für eine solche Veranstaltung überaus geeignete obale Festsaal bei Ströhl war trotz seiner Größe unten auf den rundherum laufenden Estraden und Rängen fast bis zum letzten Platz gefüllt. . . .

In einer anderen Stelle heißt es:
Mehr als die Hälfte der zu Worte gekommenen Redner konnte sich kaum zur Kritik berufen fühlen, weil sie selbst ein Stück der Verantwortung für die Bundespolitik mit trugen. Eine solche Rollenverteilung kann nicht als wünschenswert empfunden werden, weil sie den leitenden Gremien im DBB, allzusehr die Möglichkeit beschneidet, an der Meinung der wei-

teren Mitgliedschaft die Nichtigkeit der eingeschlagenen Wege nachzuprüfen. Sie zeigt auch deutlich die von einer demokratischen Verfassung, wie sie beispielsweise für die Willensbildung in unserem Verbandsmaßstab ist, abweichende Struktur des DBB auf. Hier geben den Ausschlag die zahlenmäßig überwiegenden Zusammenfassungen bestimmter Berufsgruppen, die nicht nur in den Vertikalen die große Mehrheit haben, sondern dazu in der umfassenden Horizontale der Sozialen Arbeitsgemeinschaft vom Standpunkt der Beamten des unteren Dienstes bestimmend auf die Beschlüsse einwirken können. Beispielsweise war festzustellen, daß die meisten Redner einer Erweiterung der Horizontalen im DBB — wie die oberen Beamten sie grundsätzlich verlangt haben — ablehnend gegenüberstanden. Das wurde durchweg unmissverständlich ausgesprochen, so von Sahnte (S. 48), Müller (S. 49), Ehrmann (S. 50) und Wolf (S. 51), Müller (S. 52), Ehrmann (S. 53) und Wolf (S. 54), dessen Stellungnahme um so weniger berechtigt erscheinen kann, als in der Lehrerschaft die Horizontalzusammenfassung die der Vertikalen überwiegt. Die naheliegende Folgerung, daß auch die große Horizontale der Sozialen Arbeitsgemeinschaft keine Berechtigung habe, wurde allerdings nicht ausgesprochen. Auch die Unterzeichnung des Gewerkschaftsauftrufs vom 20. Juli durch den DBB wurde nicht beurteilt, sondern, soweit die Redner darauf eingingen, vielfach gutgeheißen mit Worten, wie: sie sei eine Lebensnotwendigkeit, eine für Deutschlands Zukunft und für die Gesamtheit des Volkes notwendige Tat gewesen. Es ist nicht möglich, diesen Ausführungen vom Standpunkt nicht nur einer Parteirichtung, sondern mehrerer politischen Parteien zuzustimmen, und damit ist ihre überparteilichkeit verneint. Leider wird ja die angelegte „Überparteilichkeit“ häufig nur dann als gegeben angesehen, wenn sie sich mit der eigenen Parteiauffassung deckt. Eine auch vom Verbandsstandpunkt annehmbare Einstellung zu der Auftragsunterzeichnung gaben Redner der Säulen I und III, die sich mit der Unterzeichnung der Bundesvertreter nicht einverstanden erklärten, ohne weitere Ausführungen dazu zu machen. Hatte der Bundestag die verschiedenen Darlegungen bisher mit Ruhe entgegengenommen, so änderte sich dies, als Dr. Müller (Bund deutscher technischer Fachbeamter) das Wort zu einem starken Vorstoß gegen die Unterzeichnung nahm. Es war wenig erfreulich, wie die doch in der Überzahl befindliche, also stärkere Seite der Bundestagsvertreter sich unzulänglich gegen diesen Redner zeigte. Und wenn er auch wenig geschickt vorgeht, so mußte doch eine Meinung auch der Minderheit, der vorher so viel entgegengekehrt worden war, wenigstens leidlich ruhig anzuhören sein. Der Redner wurde aber so oft und so allgemein von ablehnenden Zwischenrufen unterbrochen, daß er trotz aller Bemühungen des Verhandlungsleiters kaum verständlich wurde. Aller sonstiger Beratungsstoff schien hiernach in den Hintergrund getreten zu sein, und auch der Bundesvorsitzende befaßte sich in seinem Schlusswort hauptsächlich nur mit Dr. Müller. Es war m. E. unnötig und peinlich, wie Herr Flügel allzu gründlich und — lehrhaft auf die Ausführungen Müllers antwortete. Die feine Vergeltung Müllers, der später von seinem „bäuerlichen Freund Flügel“ sprach, war besser.

Seine Ausführungen schließt der Berichtsfasser mit folgenden Sätzen:

So gute Anträge in den standespolitischen Fragen der Bundestag angenommen hat — die Abstimmung über den Antrag zu den Laufbahnrichtlinien ergab allerdings eine von unfertigem Standpunkt sehr bemerkenswerte ablehnende Haltung bei verschiedenen Säulen —, seine Einstellung zu den organisationspolitischen Dingen, seine übergrasige Willkür gegen personelle und organisatorische Reformen macht es einem Verbändler schwer, Genugtuung über diese Tagung zu empfinden.

Antisenshebung eines Steuerausnahmemitgliedes

Ein Gewerbetreibender, der Mitglied des Steueraussschusses beim Finanzamt war, hatte in einer Zeitung vom 22. April einen Artikel mit der Überschrift „Bürger erwache“ veröffentlicht, in dem sehr scharfe Angriffe gegen das Finanzamt enthalten waren. Der Präsident des Landesfinanzamts hatte darauf beantragt, den Gewerbetreibenden gemäß § 41 der Abgabenordnung seines Amtes als Mitglied des Steueraussschusses zu entheben. Zur Begründung seines Antrages hat der Präsident des Landesfinanzamts folgendes ausgeführt: Der Artikel sei geeignet, durch Behauptung unwahrer Tatsachen über die Höhe von Vergütungsansprüchen und angeblicher Anweisungen an Buchprüfer die Verbilligung gegen die Steuerverwaltung aufzuheben. Soweit es sich um die Angriffe des Gewerbetreibenden gegen das vom Finanzamt bei Festsetzung der Einheitswerte 1931 beobachtete Verfahren handelt, hätte er, selbst wenn Versehen vorgekommen sein sollten, auf keinen Fall Vorgesänge aus einer Sitzung des Steueraussschusses in einer derartigen Form, wie geschehen, zum Gegenstand einer Presseerörterung machen dürfen. Falls er glaube, das Verfahren des Finanzamts beanstanden zu müssen, wäre es seine Pflicht gewesen, sich an das Landesfinanzamt zu wenden. Steuerausnahmemitglieder, die ihre amtliche Tätigkeit zu öffentlichen Angriffen gegen das Finanzamt benutzen, seien für das Amt eines Steuerausnahmemitgliedes ungeeignet. Bei einem Reichsbeamten, der in derartiger Weise verfähre, würden Disziplinarmaßnahmen mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amt gerechtfertigt sein. Dem Antragsgegner war Gelegenheit gegeben worden, sich zu diesem Antrage und dessen Begründung zu äußern. Er hat dies in der Weise getan, daß er in der Beilage zu einer Tageszeitung vom 28. Juli 1932 einen zweiten Artikel unter der Überschrift „Bürger erwache“ erscheinen ließ und dem Senat übersandte. In einem Beschlusse vom 13. September 1932 — II E 1/32 — hat der Reichsfinanzhof entschieden, daß dem Antrage des Präsidenten des Landesfinanzamts stattzugeben sei. In seiner Begründung führt der Reichsfinanzhof u. a. aus, in einem Schreiben habe der Präsident des Landesfinanzamts zugunsten des Gewerbetreibenden aus Billigkeitsgründen durch die verspätet am 26. Oktober 1932 gezahlten 113 Milliarden Papiermark = 7,50 Goldmark die ganze Steuererschuldung als getilgt angesehen, obwohl sie 120 Goldmark betragen habe. Unter diesen Umständen wäre es ein besonders schwerwiegender Verstoß nicht nur gegen die objektive Wahrheit, sondern auch gegen Treu und Glauben sowie gegen die ihm durch sein Ehrenamt auferlegte Pflicht zu sorgfamer sachlicher Prüfung seiner Schritte gegenüber der Amtsstelle, wenn er nach mehr als 8 Jahren einen Artikel des angegebenen Inhalts veröffentlichte und darin sogar von „Wucher“ und von dem „Vestehen einer doppelten Moral“ gesprochen habe. Die Antisenshebung des Gewerbetreibenden sei daher gerechtfertigt.

Auszahlung der Beamtengehälter in Baden

Im Badischen Landtag war eine kurze Anfrage des Abg. Köhler und Fraktion wegen Auszahlung der Beamtengehälter eingegangen, die sich auf das laut Verordnung vom 12. Dezember 1931 eingeführte Notsystem bezog und an die Regierung das Ersuchen richtete, zunächst für die kommenden Wintermonate die Gehaltsauszahlungen auf 1. und 16. jeden Monats festzulegen.

Nach dem amtlichen Bericht über die 37. öffentliche Sitzung vom 10. November d. J. hat die Regierung wie folgt geantwortet:

Die durch die Verordnung des Staatsministeriums vom 12. Dezember 1931 — G. V. S. 449 — getroffene Regelung der Zahlung der Dienstbezüge ist durch die Klassenlage bedingt. Eine Erleichterung der Klassenverhältnisse ist seit Anordnung der jetzigen Zahlungsweise nicht eingetreten. Vor allem hat das außerordentliche Zurückbleiben der Reichssteuerüberweisungen hinter den Haushaltszins und hinter den Schatz des Reiches zu Anfang des Rechnungsjahres noch eine wesentliche Erschwerung in den Finanz- und Klassenverhältnissen des Staates zur Folge. Die badische Staatsregierung hat keinen Einfluß auf die Gestaltung der Reichssteuerüberweisungen. Wiederholte, auch persönliche Bemühungen beim Reichsfinanzminister blieben ohne Erfolg, obwohl ausdrücklich auf die ungünstigere Regelung der Bezahlung der badischen Beamten gegenüber den Reichsbeamten hingewiesen wurde. Auch Zahlungen auf Grund der Verpfändung des Reiches aus der Eisenbahnrestabfindung waren bis jetzt nicht zu erlangen.

Bei dieser Sachlage ist es zu meinem großen Bedauern unmöglich, beim Staatsministerium eine Änderung der angeordneten Zahlungsweise für die Bezahlung der Beamten, Aus Zeitungsanzeigen dürfte bekannt sein, daß auch andere Länder aus den gleichen Gründen zu Besolbungsmahnahmen gezwungen waren, die ihre Beamten ungünstiger als die Regierungsbeamten stellen.

Weitere Zunahme der Studierenden an deutschen Hochschulen

Die Gesamtzahl der an den wissenschaftlichen Hochschulen im Deutschen Reich immatrikulierten Studierenden, die Vorlesungen belegt hatten, betrug im Sommersemester 1931 138 010 gegen 130 072 im Wintersemester 1930/31 und 132 000 im Sommersemester 1930. Gegenüber dem — verglichenen — Sommersemester 1930 hat die Zahl der Studierenden eine Zunahme um 800 oder 4,5 Prozent erfahren. Seit dem Sommersemester 1927 hat sich ihre Zunahme von Sommersemester zu Sommersemester ständig verringert.

Gegenüber dem Sommersemester 1925, dem ersten vergleichbaren Semester der Nachkriegszeit mit vollständigen Angaben, hat sich die Gesamtzahl der Studierenden im Sommersemester 1931 um 54,2 Prozent erhöht, die der weiblichen Studierenden allein um 190,7 Prozent; an den Universitäten hat die Zahl der Studierenden um 74,2 Prozent zugenommen.

Der Lehrer und die Lehrerin in der Schule

Die letzte Reichsschulstatistik gibt Aufschluß über die Zahl der in den einzelnen Ländern betrendeten männlichen und weiblichen Lehrkräfte. In Preußen liegen 82 380 männlichen 27 334 weibliche Lehrkräfte gegenüber. In Bayern ist das Verhältnis 15 402 zu 8045, in Sachsen 13 802 zu 1950, in Württemberg 5826 zu 1388, in Baden 5163 zu 1619, in Thüringen 4147 zu 670, in Hessen 2113 zu 980. Den höchsten Prozentsatz an Lehrerinnen hat somit Bayern mit 34,8 Prozent (einschl. der hiesigen Lehrkräfte).

Köhlers Kolonial-Kalender. Ameisen, die Elefanten töten.

Wenn einem die Frage gestellt wird, welches Tier wohl einem Elefanten gefährlich werden könne, so wird man vielleicht auf die großen Raubkatzen, Löwe und Leopard, raten, die jedoch in Wahrheit dem mächtigen Koloss aus Umliegungen nichts anhaben können. Aber auf den einzigen, wirklich lödbringenden Gegner eines Elefanten würden Sie wohl kaum kommen, es ist ein Tierchen von etwas über Zentimeterlänge, das noch dazu blind ist: die Treibermücke, der wahre König der afrikanischen Dschungel. Ein hochinteressanter Artikel des soeben erschienenen Köhlers Kolonial-Kalenders für 1933 (Wilhelm Köhler Verlag, Minden i. W., Preis 1,30 RM.) erzählt uns hierüber Näheres. Interessant ist überhaupt der ganze Kalender, dem der Verlag ein neues, wirkungsvolles Gewand gegeben hat und der uns mit dem neuen Untertitel „Die Welt ruft . . .“ lockt, ihm um die ganze Welt zu folgen, in die Urwälder des Amazonasgebiets, in die geheimnisumwobene Südpole, in den afrikanischen Busch und die Wüste Sahara, nach dem Fernen Osten und dem Wunderlande Indien.

Badisches Landestheater
Karlsruhe. C. 700
Güterverkehrsregister-
einträge.

1. Zu Band II Seite 299:
Grenlich Alfons, Metzger,
Karlsruhe, und Maria geb.
Bettl. Vertrag vom 28.
September 1932. Güter-
trennung.

2. Seite 300: Harr Phi-
lipp Albert, Ofenseher,
Karlsruhe, und Maria
Luise geb. Kessler. Ver-
trag vom 10. Oktober 1932.
Gütertrennung.

3. Seite 301: Heimüller
Arno Karl, Polizeifeldzer,
Karlsruhe, und Rosalia geb.
Lauterbach. Der Mann hat
das Recht der Frau, immer-
halb ihres häuslichen Wir-
tungskreises die Geschäfte
des Mannes für ihn zu
besorgen und ihn zu ver-
treten, ausgeschlossen.
19. November 1932.

4. Seite 302: Fugazza
Hugo, Kaufmann, und
Katharina geb. Fugazza.
Vertrag vom 10. Oktober
1932. Gütertrennung.

5. Seite 303: Fugazza
Hugo, Kaufmann, und
Katharina geb. Fugazza.
Vertrag vom 10. Oktober
1932. Gütertrennung.

Druck G. Fraun, Karlsruhe